

DM eingespart werden. Dies bedeutet eine lineare Kürzung bei den anderen Ressorts um 6,9 %. Die tatsächliche Kürzung liegt noch höher, denn der erste Monat des Halbjahres ist ja schon vorbei. Wenn Sie rechnen, daß ein Monat vorbei ist, kommen Sie auf fast 8 %.

Natürlich habe ich noch eine Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben um 1,4 Mrd. DM im Haushalt eingestellt. Aber bei den sich abzeichnenden geringeren Einnahmen durch die Mehrforderungen unserer Städte und Gemeinden für den Wohnungsbau, bei der steigenden Arbeitslosigkeit, bei dem sich verschärfenden Wettbewerb, nicht nur in den Betrieben, sondern auch im Einzelhandel, und bei den berechtigten Sorgen und Problemen der Landwirtschaft sind die Risiken dieses Haushalts bedeutend höher einzuschätzen.

Ich bin deshalb überzeugt, daß der Ministerrat und die Volkskammer im Herbst dieses Jahres über einen Nachtragsentwurf entscheiden müssen. Formal wird heute der Haushalt der Republik für das 2. Halbjahr 1990 in Einnahme und Ausgabe auf 64155162 DM festgestellt und heute zur Beschlußfassung vorgelegt.

Trotz der Ungereimtheiten, Unwegbarkeiten und Risiken bitte ich Sie um Ihre Zustimmung, damit wir den Weg in die deutsche Einheit einigermaßen geordnet gehen können. Dazu brauchen wir einen verabschiedeten Haushalt für das 2. Halbjahr 1990.

Der Finanzminister hat dabei noch die Aufgabe, in diesem Jahr die zentralstaatlichen Aufgaben für die kommende Bundesebene vorzubereiten. Dazu gehört auch die Aufstellung des Haushalts 1991, der schon aus mehreren Haushalten besteht, nämlich dem Haushalt der Republik, den Haushalten der fünf Länder auf dem Gebiet der heutigen DDR und dem Haushalt der kommunalen Ebene. Der Finanzminister muß treuhänderisch die Voraussetzungen schaffen, daß die künftigen fünf Länder der DDR eine Chance haben, sich zu gleichwertigen Ländern neben den 11 Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland und innerhalb der neuen Bundesrepublik zu entwickeln. Wer wirklich ein föderatives Deutschland will, muß dafür sorgen, daß wir unter den zukünftigen 16 Ländern nicht eine Zweiklassenaufteilung bekommen, bei der die fünf Länder der DDR auf Jahrzehnte hinaus nur die „armen Verwandten“ sind.

Neben der Planung eines notwendigen Nachtragshaushaltes und der Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 1991 ist es eine Hauptaufgabe des Finanzministers, die Schaffung und Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit in den fünf Ländern und der kommunalen Finanzautonomie in den Gemeinden zu ermöglichen. Dies muß in enger Übereinstimmung mit den Bundesländern der BRD erfolgen, zu deren gleichwertigem Partner sich unsere fünf Länder entwickeln sollen.

Dazu gehört, daß wir für die kommenden Jahre den gegenwärtig hohen Anteil der Zuschüsse zur Finanzierung der Regionalhaushalte durch ein stärker werdendes System eigener Steuereinnahmen ersetzen. Dafür ist es erforderlich, daß die Steuereinnahmen, die im Gebiet der heutigen DDR aufkommen, zunächst auch in der DDR bleiben und nicht in den Bundeshaushalt fließen und als Zuschüsse wieder zurückkommen.

(Beifall bei PDS und SPD)

Als Treuhänder der zukünftigen fünf Länder werde ich nicht nur versuchen, die Steuerverteilung und die Finanzströme im zur Zeit verhandelten Einigungsvertrag zugunsten der Menschen in der DDR zu klären und zu regeln. Der Finanzminister ist auch Liegenschafts- und Vermögensminister. Nach dem Ländereinführungsgesetz und dem Kommunalvermögensgesetz, die beide bereits in der Volkskammer abschließend beraten wurden oder werden, habe ich dem Ministerrat den Entwurf eines Finanzverwaltungsgesetzes und einen Beschluß zur Erfassung der Liegenschaften der Republik vorgelegt. Damit möchte ich sicherstellen, daß der Grund und Boden, aber auch die Wohnungen und Gebäude, die die Länder und Kommunen in Zukunft brauchen und die ihnen zustehen, auch auf sie übertragen werden. Einem unverantwortbaren Ausverkauf des Bo-

dens unserer Republik und ihrer Bürger werde ich nicht zustimmen.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen und bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren, bitte ich heute um Zustimmung zu dem Ihnen vorliegenden Haushaltsgesetz. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Drei Anfragen. Dann lassen wir es aber dabei bewenden. Wir kommen mit unserer Zeit in größere Schwierigkeiten. Zuerst von der Fraktion CDU/DA.

Köhler (CDU/DA):

Herr Minister, ist es richtig, daß die meisten Betriebe der Wirtschaft noch keine Unterlagen für Steuerabführungen besitzen, die Ihr Ministerium unterstützen könnten, und demzufolge noch so gut wie keine Abführungen an das Finanzministerium in steuerlicher Hinsicht gegeben werden und die Finanzbehörden auch noch keine Unterlagen für Steuerberechnungen besitzen?

Dr. Romberg, Minister für Finanzen:

Ich kann Ihnen sagen, daß von den Finanzämtern im Auftrage des Finanzministeriums eine umfassende Information an der Basis stattgefunden hat und daß auch über die Wirtschaftsverbände, die Unternehmerverbände eine solche Information erfolgt ist. Die Frage, wie dies in den Unternehmen umgesetzt ist, ist eine Frage der Unternehmen selbst. Selbstverständlich muß der Finanzfluß, der mit den Steuern verbunden ist, unter Kontrolle gehalten werden. Hier gibt es Übergangsschwierigkeiten, die im Augenblick zutage treten. Ich kann Ihnen versichern, daß das Ministerium der Finanzen alles unternimmt, damit eine ordentliche Abführung der Steuern gesichert ist.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Zwei Zwischenfragen bitte noch.

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Herr Minister, hier in diesem Haus wurde vielfach über die solidarische Unterstützung der Bundesrepublik gesprochen im Zusammenhang mit den finanziellen Leistungen.

Würden Sie meiner Einschätzung zustimmen, daß die in Folge der Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR sich ergebenden stimulierenden Wirkungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik mit einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts, mit einer Profiterhöhung und Steuermehreinnahmen weit über diesen finanziellen Leistungen liegen? Und, daraus abgeleitet: Gehört es nicht zu einem Solidarbeitrag, daß man mehr als das, was man von jemandem erhält, wieder zurückgibt?

(Beifall bei der PDS)

Dr. Romberg, Minister für Finanzen:

Herr Abgeordneter Steinitz, der Ministerpräsident hat oft davon gesprochen, daß die Teilung nur durch Teilen überwunden werden kann. Ich teile voll diese Position. Im übrigen gibt es eine Menge an Vorabschätzungen über die zukünftige Entwicklung steuerlicher Mehreinnahmen z. B. im Bundeshaushalt, auch relativ hohe Einnahmen im Rahmen der verschiedenen Versicherungen. Ich denke, es ist im Augenblick zu früh, hier eine genaue Zahlenangabe zu machen.

Ich denke aber auch, daß die Leistungen, die gegeben werden müssen, wenn wir partnerschaftlich im vereinten Deutschland